

Die Regierung blockt ab

K-Prämien werden stärker eigen

Das Parlament diskutiert die Preisrechnung des Departementes für Gesundheit, Sozial- und Kultur (DGSK). Die Beratungen und die Kritiken sind mehr oder weniger die gleichen wie später in den Debatte über das Spital Wallis beim Bericht über die Gesundheitspolitik. Die einzelnen Talzentren arbeiten unterschiedlich. Während das Oberwallis mit Gewinn wirtschaftet, treibt man im Unterwallis Verluste. Einig ist man sich, dass es Massnahmen braucht. Ein Stopp (und vor allem die finanziellen Folgen) des elektronischen Patientendossiers werden kritisiert. Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten wird dazu am Freitag detaillierter zuhören.

Kosten für Gesundheit und Sozialwesen bleiben steigend. Die massiven Sparmassnahmen etwa bei der Finanzierung der Krankenkassenprämien sind in den letzten Jahren gestiegen. Nebst dem Spielplatz von acht Millionen Franken und den steigenden Sozialkosten machen dem Parlament auch die ausserkantonale Hospitalisierungen Sorgen. Eine Studie über die Gründe einer freiwilligen ausserkantonalen Spitalwahl soll hier Klarheit bringen. Das Wachstum hat sich aber verlangsamt. Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten kündigt an, dass die Krankenkassenprämien für 2017 sicher um mehr als fünf Prozent steigen werden. Bei den Sozialhilfekosten sollten 2015 getroffenen Massnahmen langsam greifen. Immer noch laut Waeber-Kalbermatten: 2016 die Anzahl der Fälle nicht mehr ansteigen. Auch die Kosten im Asylwesen steigen. Die Revision des Asylgesetzes ist frühestens ab 2018 finanzielle Auswirkungen haben. Die rechtliche und Linksallianz liegen in ihren Wahrnehmungen erwartungsvoll auseinander.

SITTEN | Der Kanton Wallis soll die Altersheime besser kontrollieren. Die Regierung lehnt das ab. Auslöser der Diskussionen sind Misshandlungen im Sommer 2014 im Altersheim St-Sylvie in Vex.

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) warf dem DGSK vor, es habe «die gegenüber den Anzeigerstatistiken erforderliche Vertraulichkeit mit Reaktivität verwechselt». Man habe zu wenig rasch eingegriffen, die Kontrollmechanismen hätten versagt, Anstellungen würden seitens des Kantons nicht kontrolliert. Es gab Mängel beim Archivieren. Heimleiter sollen zu viel Macht haben. Es braucht auch eine bessere Aufsicht der Alters- und Pflegeheime. Zudem sei die Dienststelle personell unterdotiert.

Alle Fraktionen bedauern und verurteilen die Vorfälle. Man wundert sich, dass das Departement fast zwei Monate für Antworten brauchte. Auch sei die Dienststelle wenig einsichtig. Man hofft aber, dass die Empfehlungen der GPK umgesetzt werden.

Regierung weist die Vorwürfe zurück

Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten weist die meisten Vorwürfe zurück. Sie habe bewusst erst am Dienstag geantwortet. «Vorwürfe bringen uns nicht weiter. Wir haben in Absprache mit der Staatsanwaltschaft nicht sofort reagiert. Man muss nun die Arbeit der Justiz abwarten. Gemeldete Vorfälle untersucht das DGSK mithilfe der DGW gemäss seiner rechtlichen Pflicht immer und systematisch und trifft die den Umständen entsprechenden angemessenen Massnahmen, um die Sicherheit der Patientinnen und Patienten zu garantieren», sagt Waeber-Kalbermatten.

Um die Vertraulichkeit zuzusichern, bereitet das



Lob und Tadel. Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten war gestern in mehreren Dossiers gefordert. Die Kritik, dass der Kanton bei den Altersheimen die Aufsichtspflicht nicht wahrnehme, wies sie zurück.

FOTO WBO

DGSK im Moment einen Entwurf zur Schaffung einer unabhängigen Stelle vor. Pflegefachpersonen, die in einer Gesundheitseinrichtung angestellt sind, sind nicht der Bewilligungspflicht durch das Departement unterstellt. Der Arbeitgeber ist verantwortlich, dass die gesetzlich vorgegebenen Bedingungen erfüllt sind. Es liegt in der ausschliesslichen Verantwortung der Alters- und Pflegeheime, die persönlichen und beruflichen Kompetenzen ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu überprüfen.

Die Staatsrätin merkt auch an, dass es nicht in den Zuständigkeitsbereich der DGSK fällt, Regeln zum internen Aufbau und zur Organisation der Alters- und Pflegeheime zu erlassen. Dafür seien die entsprechenden Führungsorgane der Heime zuständig.

Es braucht mehr Kontrollpersonal

In einem Punkt gab die Staatsrätin der GPK recht. Angesichts der wachsenden Zahl von APHs und des Ausbaus der Pflege zu Hause im Kanton müsse die Dienststelle (DGW) die Personalnotlage für die Beaufsichtigung dieser Tätigkeiten neu bewerten. Derzeit ist für diese Aufgabe nur eine Gesundheitspflegefachperson vorgesehen. «Die Aufsicht über die Gesundheitseinrichtungen muss angesichts des steigenden Pflegebedarfs im Kanton verstärkt werden.» Die DGW beantrage seit

mehreren Jahren die Anstellung einer zweiten Pflegefachperson. Diesem Begehren wurde bis anhin aufgrund des Personalstopps nicht stattgegeben. Ein neuer Antrag ist gestellt für 2017. Man darf gespannt sein auf die Budgetdebatten im November und Dezember. hbi

«Vex soll der Dienststelle eine Lehre sein»

Laut GPK-Präsident Urs Kuonen (CVPO) haben alle Fraktionen den Bericht eingeschätzt. Man habe lediglich überprüft, wie die zuständigen staatlichen Organe gearbeitet hätten. Man habe keine strafrechtlichen Untersuchungen gemacht oder auch nicht die Arbeit der Heimleitung untersucht. Kuonen verneint, dass der Kanton rasch genug gehandelt habe: «Unser Bericht ist richtig und lässt keine Rechtfertigung zu.» Die Aufsichtspflicht der Altersheime obliegt der Dienststelle für Gesundheitswesen (DGW). Man hofft, dass «Vex der Dienststelle eine Lehre sein wird».

Die Antwort der Regierung werde die Bewohner von Altersheimen nicht beruhigen: «Wir brauchen keine Rechtfertigungen, die uns nicht vorwärts

bringen.» Die GPK bedauert, dass der Pfleger nach der Entlassung aus der U-Haft in anderen Heimen weitergearbeitet hat. Kuonen fordert neue Richtlinien für eine Anstellung. Auch darf die Heimleitung nicht einzige Ansprechstelle bleiben. Es braucht eine Anlaufstelle für Informanten, auch mehr Personal für die Kontrolle. Kuonen kritisiert die Aussagen der Dienststelle als völlig unangemessen. «Hatte das Departement entschieden reagiert, wäre vieles verhindert worden. Wir wollen nicht, dass sich das Departement in das Tagesgeschäft der Heime einmischte. Aber es soll seine Aufsichtspflicht besser wahrnehmen.» Er gibt der Hoffnung Ausdruck, dass nun die richtigen Lehren gezogen werden.

Jobraum für Asylsuchende

Das SPVPU will wissen, ob das Zentrum für Asylsuchende in der Dringlichkeitsklausel missbraucht. Die Anfrage ist die Grundlage für die Eröffnung dieses Zentrums für Asylsuchende im Winter. Die Gemeinde Sitten über die Eröffnung dieses Zentrums für Asylsuchende informiert? Warum wurden die Bestimmungen, die im kommenden 1. Januar in Kraft treten werden (insbesondere die dreimonatige Ankunftsfrist), nicht angewendet? Woher stammen die Asylsuchenden, die in diesem

provisorischen Zentrum untergebracht werden? Wie sehen die Zahlen in Bezug auf Geschlecht, Alter, Nationalität und Konfession aus? Staatsrätin Waeber-Kalbermatten betont, dass der Kanton die Gesetzesbestimmungen immer einhalten möchte, aber 2015 war man dazu nicht immer in der Lage. Genaue Zahlen zur Herkunft, zur Konfession und zu den Kosten will die Staatsrätin dem Interpellanten schriftlich zustellen. Für die kommenden Monate rechnet auch das Wallis mit einer deutlichen Erhöhung der Gesuche. Es werden immer neue Unterkünfte gesucht. hbi

Grosser Rat | Ein CVPO-Postulat zur Bekämpfung der Schwarzarbeit wird angenommen

Mehr Personal gegen die «Plage»

SITTEN | Parlament und Regierung sind sich einig, dass im Kampf gegen die Schwarzarbeit mehr getan werden muss. Geplant sind drei zusätzliche Stellen.

Alle wissen um das Problem. Der Walliser Baumeisterverband bezeichnet auf seiner Webseite das Thema wie folgt: «Die Schwarzarbeit stellt im Mikrokosmos des Hoch- und Tiefbaus eine richtige «Plage dar.» Die CVPO will der Schwarzarbeit einen Riegel schieben. «Unsere Recherchen bei der kantonalen Beschäftigungsinspektion zur Bekämpfung der Schwarzarbeit haben aufgezeigt, dass das Amt überfordert ist mit generellen Aufgaben insgesamt, und Schwarzarbeitskontrollen nur im beschränkten Rahmen durchgeführt werden können. Im gesamten Kanton operieren gerade mal sechs Inspektoren, je-

weils zwei pro Region», halten die Motionäre fest.

Dies führt insbesondere im Oberwallis dazu, dass zu wenige Kontrollen ausgeführt werden: «Schwarzarbeit fügt der Wirtschaft einen kapitalen Schaden zu. Aus diesen Gründen fordern wir den Staatsrat auf, den Stellenetat um mindestens drei Vollstellen aufzustocken. Dadurch kann ein massiver Beitrag zur Verbesserung der Konkurrenzsituation, insbesondere für unser einheimisches Gewerbe erbracht werden.»

2015 sind bei der kantonalen Beschäftigungsinspektion (KBI) 441 Meldungen oder Kontrollgesuche im Zusammenhang mit Schwarzarbeit eingegangen. 340 Untersuchungen wurden eröffnet und 178 behandelt. Die KBI konnte über 400 Verstösse aufdecken und hat 78 Fälle bei der Strafjustiz angezeigt. Zahlreiche Kontrollgesuche stammen von den Sozialpartnern. Es gibt aber auch

zahlreiche Arbeitgeber, die sich über Wettbewerbsverzerrungen beklagen und nicht verstehen, weshalb die KBI ihrem Gesuch nicht immer Folge gibt. «Vor dem aktuellen Hintergrund muss festgestellt werden, dass es der KBI am nötigen Personal fehlt, um ihre Aufgaben optimal und umfassend wahrzunehmen. Ihre Personalnotlage liegt im Übrigen deutlich über jener der Nachbar Kantone.» Der Staatsrat erklärt sich bereit, eine Verstärkung des Personalbestandes der KBI für die Aufgaben im Bereich der Schwarzarbeit zu prüfen.

Mietzinsreduktionen einfördern

Die CSPO will eine bessere Kontrolle der Mietzinsreduktion für Sozialbezüger. Die Mieten machten einen erheblichen Teil der Sozialhilfeleistungen aus. In einem Umfeld sinkender Mietzinsen sei deshalb sicherzustellen, dass die vom Gemein-

wesen getragenen Sozialhilfeleistungen entsprechend zurückgingen. Seit 2008 ist der Referenz-Mietzins-Satz von 3,43 Prozent jährlich bis heute auf 1,8 Prozent gesunken. Wenn die Sozialämter ihre Sozialhilfeempfänger verpflichten würden, jeweils die Mietzinsreduktionen einzufordern, würden die Gemeinden Steuergelder einsparen. In manchen Städten helfen die Sozialämter ihren Kunden, solche Gesuche auszufüllen. Die Sozialämter sollten nun auch verpflichtet werden, Mietzinsreduktionen einzuverlangen. Das Postulat wird nicht bestritten.

Gesetz über die Sozialhilfe revidieren

Das Parlament überweist eine Motion der SPVPU, eine Revision des Gesetzes über die Eingliederung und die Sozialhilfe anzustreben. Das geltende kantonale Gesetz über die Eingliederung und die Sozialhilfe

werde den Problemstellungen, mit denen die zuständigen Organe täglich konfrontiert seien, nicht mehr gerecht: «Das betrifft unter anderem auch die Frage, ob und in welchem Masse die Sozialhilfe zu gewähren ist. Die explosionsartige Zunahme der Sozialhilfekosten ist ein deutlicher Beweis dafür.»

Im Übrigen könnten arbeitslose EU/EFTA-Bürger seit Kurzem Sozialhilfe beziehen, solange sie offiziell in der Schweiz wohnhaft seien. Um zu verhindern, dass diese Personen systematisch von der Sozialhilfe abhängig seien, müsse dringend auf Ebene der Gewährung und des Entzugs der Bewilligungen gehandelt werden.

Die Linksallianz kämpft die Motion, weil viele Forderungen bereits umgesetzt oder beschlossen wurden. Sie wird mit 61 Ja gegen 49 Nein und zwei Enthaltungen angenommen. hbi